Stellungnahme zu sogenannten freigemessenen Abfällen auf der Deponie "Am Froschgraben"

Wir sind bis heute nicht damit einig, dass auf die Deponie "Am Froschgraben" freigemessene Abfälle aus dem Rückbau des Kernkraftwerks Neckarwestheim gelangen sollen. Nach der rechtlichen Grundlage wären andere Optionen möglich, die aber nicht wirklich untersucht bzw. in Betracht gezogen wurden. Es passt für uns nicht zusammen, dass strittige Abfälle mit leicht radioaktiven Eigenschaften auf eine "normale" Deponie eingelagert werden, obwohl die **technische, medizinische und risikobewertende Diskussion zu solchen Abfällen noch nicht abgeschlossen** ist. Eine Einlagerung in der Schwieberdinger Deponie kommt uns einem Präzedenzfall gleich, dessen finale Auswirkungen nicht absehbar sind. Die derzeit verfolgte Verteilung freigemessener Abfälle auf die Schwieberdinger (und Horrheimer) Deponie ist nach unserer Einschätzung kurzfristig gedacht und kostenmäßig motiviert, was jedoch die langfristigen Folgen für Schwieberdingen als Standortgemeinde außer Acht lässt. Aus diesem Grund ist für uns das Ende des Schwieberdinger Deponiebetriebs spätestens bis 2025 entscheidend, um bezogen auf die freigemessenen Abfälle nicht für weitere Jahre ein potentieller Empfänger zu sein.

Es ist vorherbestimmt, dass trotz aller Gegenwehr, Einwendungen bei politischen Verantwortlichen und aller offenen Fragen, freigemessene Abfälle aus Neckarwestheim kommen sollen, wenn auch bisher noch keine Anlieferung stattgefunden hat. Wir bestehen im Falle einer Anlieferung auf **klare Informationen für Schwieberdingen** und eine **uneingeschränkte Transparenz**. Die Information über Anlieferungen muss primär vom Landkreis bzw. der AVL als Betreiber der Deponie kommen. Wir sehen aber auch bei der Gemeindeverwaltung eine **Informationsverantwortung gegenüber der Schwieberdinger Bevölkerung**. Es entspricht hierbei nicht unserer Vorstellung, dass laut der öffentlichen Aussage von Bürgermeister Lauxmann, er selbst nicht über die Anlieferungen informieren möchte, obwohl er als Standortbürgermeister über die Anlieferungen in Kenntnis gesetzt wird. Wir erinnern uns noch gut daran, welche Empörung sowohl auf Seiten der Verwaltung, wie auch bei der Bevölkerung bestanden hatte, als man über die Presse erfahren musste, dass aus dem Rückbau des Forschungszentrums Karlsruhe radioaktiv belasteter Bauschutt auf die Schwieberdinger Deponie gelangte. Wir wollen trotz einer zwischenzeitlich verbesserten Öffentlichkeitsarbeit der AVL bei den freigemessenen Abfällen nicht alleinig auf Bekanntgaben der AVL verlassen. Es liegt in unserem Interesse für Schwieberdingen gerade bei dem problematischen Thema der freigemessenen Abfälle der Bürgerschaft frühzeitig zu informieren. Ein jegliches Nicht-informieren oder Zu-spät-informieren ist auszuschließen. Für uns ist es dabei unabhängig, wo die Information über eine mögliche Anlieferung freigemessener Abfälle vorliegt. Die Bevölkerung ist darüber in Kenntnis zu setzen.

Für die ABG-Fraktion, gemeinschaftlich verfasst von:
Michaela Reinold, Mark Schachermeier, Andreas Streit